

Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland	401
VR China: Dauerhafte Stabilisierung erfordert reformgetragene Balance zwischen Zentralstaat und Provinzen	411

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 23/95

Berlin

8. Juni 1995

62. Jahrgang

Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland

Berufliche Aufstiege vorwiegend von Männern verwirklicht, öffentlicher Dienst bislang wichtiger Stabilisator für die Beschäftigung von Frauen

Zu Beginn des Jahres 1992 erreichte die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ihren Höhepunkt, etwa zwei Drittel der Arbeitslosen waren Frauen. Die Reintegration arbeitslos Gemeldeter in den Arbeitsprozeß hat zwar an Gewicht gewonnen, wurde jedoch bis zuletzt durch Freisetzungen an anderer Stelle vielfach noch kompensiert; der Abbau des hohen Bestandes arbeitsloser Frauen gelang nicht. Überraschend ist dabei, daß kurz nach der Vereinigung noch vielen Müttern der Übergang vom Erziehungsurlaub in die Erwerbsarbeit gelang.

Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)¹ für den Zeitraum 1990 bis Frühjahr 1994 zeigen, daß insbesondere Beschäftigte, die 1990 noch niedrig bewertete Tätigkeiten ausübten, ihre Arbeit verloren. Facharbeiterinnen waren 1994 mehr als doppelt so häufig wie Facharbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen. Erwerbstätige Frauen erfuhren im Anpassungsprozeß häufiger eine Entwertung ihrer Tätigkeit als Männer, die ihre berufliche Position sogar noch ausbauen konnten. Von den Frauen gelang es am besten den qualifizierten Angestellten (Sachbearbeitung, Sekretariat etc.), sich am Arbeitsmarkt zu behaupten. Dies ist wesentlich auf die Rolle des öffentlichen Dienstes (incl. Post, Bahn etc.), der in Ostdeutschland eine wichtige Funktion als Stabilisator der Beschäftigung von Frauen hat, zurückzuführen. 62 vH der dort Tätigen waren 1994 Frauen, 37 vH aller erwerbstätigen Frauen hatten hier einen Arbeitsplatz. Weiterhin gibt es Anzeichen für ein zunehmendes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen. Männer konnten dieser Beschäftigungsform bislang auch im Anpassungsprozeß keine Attraktivität abgewinnen. Der (Wieder-)Anstieg der Teilzeitarbeit in Ostdeutschland betrifft fast ausschließlich Frauen. Dagegen leisteten 57 vH der in Vollzeit beschäftigten Männer in Ostdeutschland 1994 Mehrarbeit (1990 38 vH), bei fast jedem Fünften wurden die Überstunden bezahlt.

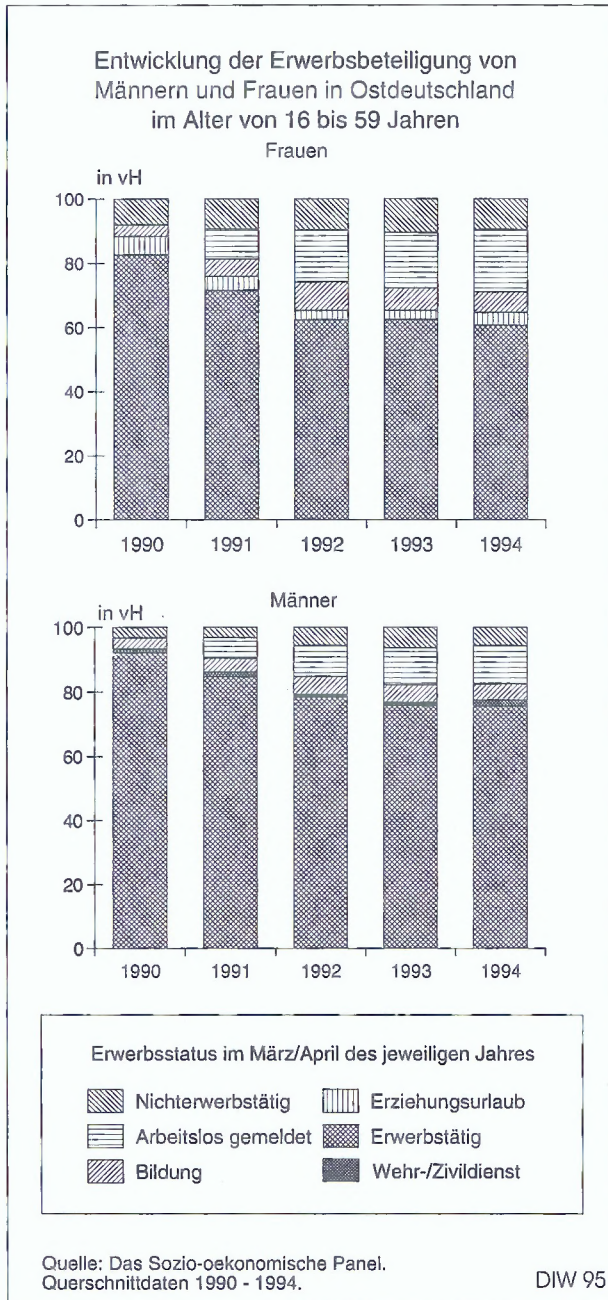
Trotz der schwierigen Lage am Arbeitsmarkt ist der Erwerbswunsch nichterwerbstätiger Frauen in Ostdeutschland ungebrochen — auch nach längerer Arbeitslosigkeit. Im Frühjahr 1994 wünschten nach wie vor fast alle nicht beschäftigten Frauen, erwerbstätig zu werden, drei Viertel wollten dies sofort oder im nächsten Jahr. In Westdeutschland will seit der deutschen Vereinigung ein großer Teil nichterwerbstätiger Frauen erwerbstätig werden, so daß es zu einer Annäherung in der Erwerbsneigung² der Frauen in beiden Teilen Deutschlands kommt.

¹ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von über 13 000 Personen ab 16 Jahren in Privathaushalten in West- und Ostdeutschland und wird vom DIW seit 1984 jährlich in den alten Bundesländern durchgeführt. Im Juni 1990 wurde es auf das Gebiet der DDR ausgedehnt. Vgl. hierzu auch Projektgruppe Panel: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995, S. 5-15.

² In den Ausführungen wird der Begriff der Erwerbsneigung verwendet, um Wandel bzw. Stabilität der Erwerbsorientierung von Frauen im Zeitverlauf zu untersuchen. Hiernach weisen Frauen immer dann eine Erwerbsneigung auf, wenn sie entweder erwerbstätig oder arbeitslos gemeldet, sich in Aus- oder Weiterbildung befinden bzw. sonstig nichterwerbstätig sind, aber einen Wunsch nach Aufnahme einer Beschäftigung äußern.

Hoher Bestand Arbeitsloser baute sich bis Anfang 1992 auf

Zu registrierter Arbeitslosigkeit ist es in größerem Umfang in Ostdeutschland erst nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Jahre 1990 gekommen; sie traf die Frauen überproportional. Die stärksten Beschäftigungseinbrüche fanden bis Anfang 1992 statt³. Die Frauen stellten damals bereits etwa zwei Drittel der Arbeitslosen. Nach 1992 sank der Anteil erwerbstätiger Frauen unter den im SOEP befragten weiblichen 16- bis 59jährigen kaum noch (Grafik).



Überraschend mag sein, daß vor diesem Hintergrund gleichwohl der Anteil der Frauen an der Zahl aller abhängig Beschäftigten nur geringfügig sank. Die Daten des SOEP weisen nur einen Rückgang von 1990 bis 1994 um 2 vH-Punkte auf 44 vH aus⁴. Ein Grund hierfür ist die Rückkehr von Müttern aus dem Erziehungsurlaub nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.

Der Anteil der Frauen, die keine — in der Regel — registrierten Aktivitäten zur Integration in den Arbeitsmarkt mehr unternahmen⁵ („Nur“-Hausfrauen), blieb von 1990 bis 1994 nahezu konstant. Frauen, die ihre Erwerbsarbeit verloren, meldeten sich zumeist arbeitslos oder nutzten das Angebot von (Weiter-) Bildungsmaßnahmen. Eine Ausnahme hiervon stellten lediglich die älteren Frauen über 55 Jahren dar, die noch Vorruhestandsregelungen nutzen konnten⁶.

Abbau des hohen Bestandes arbeitsloser Frauen nach 1992 nicht gelungen

In Tabelle 1 wurden jeweils für zwei aufeinanderfolgende Befragungszeitpunkte des SOEP Erwerbstypologien⁷ für die Gruppe der 16- bis 59jährigen gebildet, um den Grad der Dynamik am Arbeitsmarkt im zeitlichen Verlauf nachzeichnen zu können. Für Ostdeutschland finden dabei vier solcher Zeitperioden Berücksichtigung, für Westdeutschland wurden jeweils für die Anfangs- und Endperiode zwei Zeiträume ausgewiesen. Insgesamt reduzierte sich der Anteil der beschäftigten Frauen von Periode I (von 1990 bis 1991) bis Periode IV (von 1991 bis 1992) um 17 vH-Punkte auf den entsprechenden Wert in Westdeutschland (68 vH). Bei den Männern fiel der Rückgang — ausgehend von einem höheren Niveau (93 vH) — mit 12 vH-Punkten geringer aus. Damit lag der Anteil der erwerbstätigen Männer in Periode IV (von 1993 bis 1994) deutlich über dem Anteil der Frauen, jedoch unter dem der Männer in Westdeutschland (88 vH). Durchgängig beschäftigt, d.h. zu beiden Befra-

³ Vgl. hierzu auch Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Bearb.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 13/93.

⁴ Einen ähnlichen Rückgang weist auch der Mikrozensus aus. Vgl. Horst Kusch: Teilzeitbeschäftigte in den neuen Ländern und Berlin-Ost. In: Statistisches Bundesamt (Hg.). Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Heft 3/1994, S. 7-12.

⁵ Unter registrierten Aktivitäten zur Integration in den Arbeitsmarkt werden hier die Arbeitslosmeldung, schulische Ausbildung, außerschulische Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Erziehungsurlaub verstanden.

⁶ Vgl. Elke Holst und Jürgen Schupp: Veränderung der Erwerbsneigung von Frauen. Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis SAMF. 1995. (In Vorbereitung).

⁷ Zusammengefaßt in Beschäftigung wurden hier alle Personen, die zum Anfang und/oder am Ende einer jeweiligen Beobachtungsperiode angaben, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Tabelle 1

Dynamik sowie geschlechtsspezifische Betroffenheit am ostdeutschen Arbeitsmarkt
Entwicklung im Vergleich von Jahres-Längsschnittbetrachtungen in vH

	Ostdeutschland								Westdeutschland			
	Periode I		Periode II		Periode III		Periode IV		Periode I		Periode IV	
	Juni 1990 bis März/April 1991	März/April 1991- März/April 1992	März/April 1991- März/April 1992	März/April 1992- März/April 1993	März/April 1992- März/April 1993	März/April 1993- März/April 1994	März/April 1993- März/April 1994	März/April 1993- März/April 1994	März/April 1990- März/April 1991	März/April 1991- März/April 1992	März/April 1993- März/April 1994	März/April 1993- März/April 1994
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Fallzahlen	1 797	1 754	1 665	1 668	1 581	1 602	1 468	1 536	3 766	3 686	3 530	3 509
Hochgerechnet in 1 000	5 009	4 914	4 608	4 598	4 519	4 530	4 545	4 659	18 936	18 443	19 731	19 554
Insgesamt ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Am Anfang und/oder Ende der jeweils betrachteten Zeitperiode erwerbstätig	93	85	88	77	85	72	81	68	89	66	88	68
Durchgängig erwerbstätig	76	64	67	55	64	51	63	51	80	54	77	54
— ohne Änderung	57	49	47	40	49	41	53	44	69	46	70	48
— mit Änderung	19	16	20	16	15	10	10	7	11	8	7	6
Zugang in Erwerbstätigkeit	2	5	4	6	7	9	6	7	5	7	4	5
— aus sonstiger Nichterwerbstätigkeit	2	0	1	1	1	2	2	1	4	6	2	4
— aus Mütterjahr/Elternurlaub	0	5	0	2	0	1	0	0	0	0	0	1
— aus Arbeitslosigkeit	0	0	2	3	5	6	4	5	1	1	2	1
Westpendler	6	1	6	2	6	3	6	2	0	0	1	0
Abgang aus Erwerbstätigkeit	10	14	11	14	9	10	7	8	3	5	6	8
— in (Weiter-)Bildungsmaßnahme	0	1	1	1	1	1	0	1	1	0	1	0
— in Mütterjahr/Elternurlaub	0	2	0	1	0	1	0	1	0	2	0	2
— in Arbeitslosigkeit	6	9	8	11	6	7	5	6	1	1	3	3
— in sonstige Nichterwerbstätigkeit	3	2	3	1	2	0	2	0	1	2	2	3
Nichterwerbstätig	6	14	10	22	14	27	18	31	12	33	12	32
— mit phasenweiser Erwerbstätigkeit	1	3	2	4	1	2	3	3	1	1	2	2
— in Arbeitslosigkeit	1	1	1	3	1	1	2	3	1	0	1	1
— sonstige	1	2	1	1	0	0	1	1	1	1	1	1
— konstant nichterwerbstätig	5	11	9	18	13	26	15	28	10	33	11	31
— nichterwerbstätig, aber in Bildungsmaßnahme	2	2	2	2	2	2	3	3	4	4	5	4
— dauerarbeitslos	0	0	3	5	4	9	4	10	2	1	2	2
— Wechsel Nichterwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit	1	1	0	1	1	2	2	2	0	1	0	0
— sonstige	2	8	4	11	7	13	6	13	4	27	4	25
Umzug nach Westdeutschland/ West-Berlin	1	1	2	2	1	1	1	1	0	0	0	0

¹⁾ Personen im Alter von 16 bis 59 Jahren.

Quelle: SOEP, 1990-1994.

gungszeitpunkten am Beginn und Ende der jeweiligen Beobachtungsperiode, waren zuletzt nur noch 51 vH der Frauen (West 54 vH) und 63 vH der Männer (West 77 vH).

Die Längsschnittdarstellung macht deutlich, daß es den Frauen von Anfang an etwas häufiger als Männern gelang, eine Beschäftigung aus der Nichterwerbstätigkeit heraus aufzunehmen. Die Zugänge in Erwerbstätigkeit speisten sich direkt nach der deutschen Vereinigung (Periode I) noch überwiegend aus der Rückkehr von Müttern aus dem Erziehungsurlaub⁸. Erst danach dominierten die Über-

gänge aus Arbeitslosigkeit die Zugänge am Arbeitsmarkt. Seit Periode III (von 1992 bis 1993) konnten hierdurch die Abgänge in Arbeitslosigkeit annähernd kompensiert werden. Ein Abbau des hohen Bestandes Arbeitsloser gelang jedoch nicht, was einen immer stärkeren Zugang — insbesondere von Frauen — bei den Langzeitarbeitslosen zur Konsequenz hatte. Insgesamt wurden auch noch in

⁸ Nach der hier getroffenen Definition werden freigestellte bzw. beurlaubte Personen als Nichterwerbstätige gezählt.

Periode IV deutlich häufiger Personen in Ostdeutschland arbeitslos als in Westdeutschland, obwohl dort in diesem Zeitraum massive konjunkturelle Probleme auftraten⁹.

Der Anteil nichterwerbstätiger Frauen hatte sich mit 31 vH von Periode I bis Periode IV mehr als verdoppelt, bei den Männern auf deutlich niedrigerem Niveau (18 vH) sogar verdreifacht; 10 vH aller Frauen im erwerbsfähigen Alter waren dauerhaft arbeitslos gemeldet (Männer 4 vH), 13 vH waren weder arbeitslos gemeldet noch in schulischer Bildung; 5 vH nahmen an einer Bildungsmaßnahme teil oder hatten sich aus der Nichterwerbstätigkeit heraus arbeitslos gemeldet.

**Insbesondere Frauen
in niedrig bewerteten Tätigkeiten bzw.
mit entwerteten Qualifikationen
verloren ihre Arbeit**

Die Analyse der im Jahre 1990 Beschäftigten nach ihrer beruflichen Stellung im Jahre 1994 macht deutlich, daß sich die Männer im Beruf offensichtlich besser behaupten konnten als die Frauen¹⁰ (Tabelle 2). Von den im Juni 1990 Erwerbstätigen waren bei den Männern 1994 noch 71 vH beschäftigt, bei den Frauen nur 60 vH. Männliche Facharbeiter bewältigten den Anpassungsprozeß am erfolgreichsten, 77 vH waren 1994 noch beschäftigt. Unter den Frauen hatten Angestellte mit qualifizierten Tätigkeiten (Sachbearbeitung, Sekretariat etc.) auch 1994 noch einen Arbeitsplatz (69 vH, Männer 68 vH). Überdurchschnittlich verloren dagegen Frauen in geringer bewerteten Tätigkeiten ihre Beschäftigung. 1994 waren 63 vH der ehemals un- und angelernten Arbeiterinnen nichterwerbstätig, in der

entsprechenden Vergleichsgruppe der Männer war der Anteil mit 50 vH deutlich niedriger. Auch bei den Angestellten mit einfachen Tätigkeiten verloren die Frauen deutlich häufiger (52 vH) als Männer (21 vH) ihre Beschäftigung. Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen waren Facharbeiterinnen. Insgesamt gingen von den weiblichen Beschäftigten des Jahres 1990 lediglich noch 48 vH 1994 einer Beschäftigung nach.

Frauen, die eine Tätigkeit im Sachbearbeitungs- wie im höherqualifizierten Angestelltenbereich ausüben, sind von Arbeitslosigkeit vergleichsweise selten und auch weniger häufig als Männer betroffen. Dies ist insbesondere auch auf die Rolle des öffentlichen Dienstes zurückzuführen, in dem im Zeitverlauf der Anteil beschäftigter Frauen sogar noch stieg (Tabelle 4). Weitere Beschäftigungschancen von Frauen in diesem Sektor sind daher in engem Zusammenhang mit der Beschäftigungspolitik der öffentlichen Arbeitgeber zu sehen.

**Aufstiege häufiger von Männern
im Transformationsprozeß verwirklicht**

Erwerbstätige Frauen waren bei der angespannten Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland häufiger als Männer bereit, auch Nachteile im Beruf in Kauf zu nehmen (z.B. bei den betrieblichen Sozialleistungen, der Sicherheit des

⁹ Zur konjunkturellen Entwicklung in diesem Zeitraum vgl. auch: Beschäftigungsrückgang abgeschwächt. Bearb.: Wolfgang Scheremet. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/1994.

¹⁰ Für eine Übersicht vgl. Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarktreport für Frauen. Beilage zu Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Heft 1/1994.

Tabelle 2

**Erwerbsstatus der im Juni 1990 Beschäftigten in Ostdeutschland fünf Jahre später
in vH**

	Frauen			Männer		
	Im Frühjahr 1994 waren ... Erwerbs- tätig	Nichter- werbstätig	davon: Arbeitslos gemeldet	Im Frühjahr 1994 waren ... Erwerbs- tätig	Nichter- werbstätig	davon: Arbeitslos gemeldet
Beschäftigte im Juni 1990 nach beruflicher Stellung						
Un- und angelernte Arbeiter(innen)	37	63	31	50	50	31
Facharbeiter(innen)	48	52	23	77	23	11
Vorarbeiter(innen)/Meister(innen)	83	17	7	72	29	11
Angestellte mit einf. Tätigkeit (mit und ohne Ausbildung)	48	52	25	79	21	8
Angestellte mit qualif. Tätigkeit (Sachbearbeitung)	69	31	14	68	32	17
Hochqual. Angestellte (in Leitungsfunktion)	80	20	7	70	30	11
Selbständige (ohne Mithelfende)	79	21	0	—	(100)	0
Mithelfende Familienangehörige	47	53	0	85	15	0
Betrieblich Auszubildende	67	33	10	57	43	10
Insgesamt	60	40	18	71	29	13

Quelle: SOEP 1990-1994.

Tabelle 3

**Stabilität und Veränderung der beruflichen Stellung in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1994
in vH**

	Berufliche Stellung im Frühjahr 1994							Insgesamt
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	Sonst. ¹⁾	
Frauen								
Beschäftigte im Juni 1990 nach beruflicher Stellung								
Un- und angelernte Arbeiterin (A)	64	16	0	18	3	0	0	100
Facharbeiterin (B)	25	42	0	14	13	1	6	100
Vorarbeiterin/Meisterin (C)	10	44	23	0	6	0	17	100
Angestellte mit einfacher Tätigkeit (mit und ohne Ausbildung) (D)	18	15	0	37	24	3	4	100
Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit (Sachbearbeitung) (E)	2	3	0	14	71	5	5	100
Hochqual. Angestellte (in Leitungsfunktion) (F)	0	2	0	3	7	74	14	100
Männer								
Beschäftigte im Juni 1990 nach beruflicher Stellung								
Un- und angelernte Arbeiter (A)	56	32	3	2	0	0	7	100
Facharbeiter (B)	15	62	7	3	5	1	7	100
Vorarbeiter/Meister (C)	5	45	24	3	17	2	4	100
Angestellte mit einfacher Tätigkeit (mit und ohne Ausbildung) (D)	9	40	0	32	16	0	2	100
Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit (Sachbearbeitung) (E)	5	7	14	7	29	20	19	100
Hochqual. Angestellte (in Leitungsfunktion) (F)	1	2	0	3	13	60	21	100

1) Beamte, Auszubildende sowie Selbständige.

Quelle: SOEP 1990-1994.

¹⁾ Beamte, Auszubildende sowie Selbständige.

Quelle: SOEP 1990-1994.

Arbeitsplatzes, der Art der Tätigkeit oder der Arbeitsbelastung usw.), um überhaupt erwerbstätig sein zu können¹¹.

Frauen in qualifizierten Tätigkeiten hielten zwar mit 71 vH ihren Berufsstatus weit häufiger als Männer (29 vH), diese vollzogen jedoch in weit größerem Umfang einen Aufstieg (Tabelle 3): Ein Fünftel der Männer, die 1990 noch einer Tätigkeit auf Sachbearbeiterebene nachgingen, erreichten bis 1994 den Aufstieg in eine höher qualifizierte Tätigkeit (Frauen 5 vH), 14 vH waren als Vorarbeiter oder Meister tätig (Frauen praktisch keine). Ein weiteres Fünftel hatte sich entweder selbständig gemacht oder wurde Beamter (Frauen 5 vH). Lediglich 7 vH gaben 1994 an, nur noch mit einfachen Tätigkeiten betraut zu sein; bei den Frauen war der Anteil der von einem beruflichen Abstieg Betroffenen dagegen doppelt so hoch.

Auch bei den Angestellten mit einfachen Tätigkeiten sieht die Situation für die Frauen nur auf den ersten Blick recht günstig aus. 37 vH der Frauen und knapp ein Drittel der Männer waren auch 1994 noch als „einfache“ Angestellte beschäftigt. Mit fast einem Viertel konnten mehr Frauen als Männer 1994 in eine qualifizierte Tätigkeit (Sachbearbeitung, Sekretariat etc.) wechseln. Ein Drittel der Frauen und knapp die Hälfte der Männer gingen 1994 einer Beschäftigung als Arbeiterin oder Arbeiter nach, wobei die Frauen jedoch deutlich häufiger als Un- und An-

gelernte, Männer jedoch als Facharbeiter beschäftigt waren. Die Tendenz einer höheren „Dequalifizierungswahrscheinlichkeit“ von Frauen zeigt sich auch bei der Gruppe der Facharbeiterinnen des Jahres 1990, die zu einem Viertel nur noch als un- und angelernte Arbeiterinnen im Jahr 1994 tätig waren (Männer 15 vH).

Im Vergleich zu den Männern verblieben Frauen also eher auf den niedrigeren beruflichen Positionen oder verschlechterten sich häufiger. Nur sehr wenigen Frauen gelang es, in den Bereich der hochqualifizierten Angestellten vorzudringen. Umgekehrt verbesserten Männer häufiger als Frauen im Prozeß der Transformation ihren beruflichen Status.

Anstieg der Bedeutung von Teilzeitarbeit und Überstunden

Eine weitere Besonderheit, die in der Beurteilung der Verankerung am Arbeitsmarkt Berücksichtigung finden

¹¹ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (1994) sowie Elke Holst und Jürgen Schupp: Zur Erwerbsorientierung von Frauen nach der deutschen Vereinigung. Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern notwendig. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995, 64. Jg., S. 52-71.

Tabelle 4

**Beschäftigungsentwicklung für Frauen in Ostdeutschland nach ausgewählten Strukturmerkmalen
in vH**

	Ostdeutschland						Westdeutschland	
	Strukturanteil			Frauenanteil			Struktur- anteil	Frauen anteil
	1990	1992	1994	1990	1992	1994	1994	1994
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	46	45	44	100	42
<i>Berufliche Stellung</i>								
Arbeiterin								
Un- und angelernte Arbeiterin	10	11	11	49	39	42	14	51
Facharbeiterin	32	26	25	27	20	20	13	10
Vorarbeiterin/Meisterin	4	4	4	13	10	7	3	7
Angestellte								
mit einf. Tätigkeit								
(mit und ohne Ausbildung)	9	13	10	83	76	76	11	82
mit qualif. Tätigkeit (Sachbearbeitung)	21	18	22	71	78	76	23	61
Hochqualifizierte (in Leitungsfunktion)	17	14	12	44	39	41	12	21
Beamtin								
Einfacher und mittlerer Dienst	0	1	1	./.	(13)	(19)	4	22
Gehobener und höherer Dienst	0	0	1	./.	./.	(11)	5	33
Selbständige (ohne Mithelfende)	3	6	7	28	29	25	10	29
Mithelfende Familienangehörige	1	0	0	(87)	(86)	(70)	1	87
Betrieblich Auszubildende	4	7	7	42	53	49	5	46
<i>Wirtschaftsbereich</i>								
Land- u. Forstwirtschaft	12	5	3	32	32	39	2	37
Energie und Bergbau	4	3	3	27	32	23	1	8
Verarbeitendes Gewerbe	34	23	19	41	32	30	32	27
Baugewerbe	7	11	14	18	9	9	6	8
Handel	9	12	12	74	59	53	12	60
Verkehr	9	9	7	36	33	29	5	29
Dienstleistungen (ohne Staat)	4	10	14	65	65	64	16	52
Staat	21	28	29	66	65	68	27	57
<i>Abhängig Beschäftigte¹⁾</i>	100	100	100	47	45	46	100	43
davon:								
<i>In Teilzeit beschäftigt²⁾</i>	25	16	21	94	91	89	42	91
<i>Beschäftigt im öffentlichen Dienst³⁾</i>	35	38	37	59	59	62	29	49
<i>Ausgeübte Tätigkeit</i>								
entspricht erlerntem Beruf	62	61	58	46	48	47	60	40

1) Ohne Auszubildende. — 2) Arbeitszeitumfang nach Selbsteinstufung der Befragten. — 3) 1990 in DDR „Staatsapparat“. Einschließlich Beschäftigte bei Bahn und Post.
Quelle: SOEP, 1990-1994.

muß, ist der Erwerbsumfang. Teilzeitarbeit gewinnt mittlerweile auch in Ostdeutschland (wieder)¹² an Bedeutung. Auch hier sind es — wie in Westdeutschland — fast ausschließlich Frauen, die diese Beschäftigungsform ausüben (Tabelle 5). Mehr als jede fünfte Frau arbeitet in Teilzeit. Im Unterschied zu Westdeutschland geschieht dies jedoch immer häufiger unfreiwillig, weil eine Vollzeitstelle nicht gefunden wird¹³. Vermutlich werden bei einem Wirtschaftsaufschwung daher viele in Teilzeit beschäftigten Frauen versuchen, ihre Arbeitszeit auszudehnen. 1994 hielten es bereits über ein Fünftel der in Teilzeit beschäftigten Frauen in Ostdeutschland für ganz sicher oder wahrscheinlich, innerhalb der nächsten zwei Jahre in Vollzeit zu wechseln.

¹² In der DDR waren vorwiegend Ältere in Teilzeit beschäftigt, die nach der Vereinigung Vorruhestandsregelungen in Anspruch nahmen (vgl. Jürgen Schupp: Teilzeitarbeit in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland. In: Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ (Hg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern, Frankfurt/M.-New York, 1991, S. 268 f.). Mittlerweile baut sich Teilzeitbeschäftigung mit einer veränderten Altersstruktur wieder auf. (Vgl. Beschäftigungsobservatorium Ostdeutschland. Nr. 15/1995).

¹³ Vgl. Carsten Cornelissen: Erste Ergebnisse des Mikrozensus April 1994. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1995, S. 284 sowie Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/1994.

Tabelle 5

Arbeitszeitumfang abhängig Beschäftigter¹⁾
in vH

Arbeitszeitumfang ²⁾	Ostdeutschland					Westdeutschland				
	1990	1991	1992	1993	1994	1990	1991	1992	1993	1994
<i>Frauen</i>										
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Teilzeitbeschäftigt ³⁾	25	18	16	16	21	39	41	40	41	42
— darunter mit Überstunden ⁴⁾	19	11	12	12	7	8	9	9	10	11
Vollzeitbeschäftigt	75	82	84	84	79	61	59	60	59	58
darunter mit:										
Überstunden insgesamt	23	24	34	39	37	24	26	28	23	25
bezahlten Überstunden ⁵⁾	7	5	8	5	6	5	5	4	3	2
gar nicht abgegoltenen Überstunden	3	7	8	7	10	5	6	5	5	7
sonst. Abgeltung („Abfeiern“)	13	12	18	27	21	14	15	18	15	16
<i>Männer</i>										
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Teilzeitbeschäftigt ³⁾	1	2	1	1	2	3	3	4	4	3
— darunter mit Überstunden ⁴⁾	0	1	1	1	1	1	0	1	1	1
Vollzeitbeschäftigt	99	98	99	99	98	97	97	96	96	97
darunter mit:										
Überstunden insgesamt	38	36	51	55	57	49	51	50	47	49
bezahlten Überstunden ⁵⁾	20	13	19	19	19	19	20	19	16	14
gar nicht abgegoltenen Überstunden	6	10	11	14	13	11	11	10	11	11
sonst. Abgeltung („Abfeiern“)	12	13	21	22	25	19	20	21	20	25

¹⁾ Ohne Auszubildende. — ²⁾ Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Befragten. — ³⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter, ohne Zweitbeschäftigung. — ⁴⁾ Frage zu Überstunden: „Wie war das im letzten Monat: Haben Sie da Überstunden geleistet und wenn ja, wieviele?“ — ⁵⁾ Nachfrage zu geleisteten Überstunden: „Wenn Sie Überstunden leisten, werden die in der Regel bezahlt oder abgefeiert oder gar nicht abgegolten?“.

Quelle: SOEP, 1990-1994.

Während Frauen im Zuge des Vereinigungsprozesses (wieder) verstärkt in Teilzeit arbeiteten, leisteten Männer besonders häufig Mehrarbeit. 1990 gaben 38 vH der vollzeitbeschäftigten Männer an, Überstunden erbracht zu haben; vier Jahre später waren es bereits 57 vH. Bei den vollzeitbeschäftigten Frauen stieg dieser Anteil ebenfalls deutlich, allerdings nur auf 37 vH (1990 23 vH). Lediglich 6 vH der Frauen leisteten gegen Bezahlung Überstunden (Männer 19 vH), mehr als ein Fünftel konnten ihre Überstunden „abfeiern“ (Männer 13 vH); bei den übrigen (10 vH) wurden die Überstunden gar nicht abgegolten (Männer 13 vH).

War die Situation in Ostdeutschland stark durch den Umbruch geprägt, so werden in Westdeutschland die Auswirkungen der Arbeitszeitflexibilisierung sichtbar. Auch hier nahm das Gewicht des zeitlichen Ausgleichs von Mehrarbeit zu, der Anteil bezahlter Überstunden sank hingegen. Bei den in Vollzeit beschäftigten Frauen zeigt sich eine ähnliche Tendenz einer abnehmenden Bedeutung bezahlter Überstunden. Auch war der kontinuierliche Anstieg der

Teilzeitbeschäftigung in Westdeutschland von einer Expansion der Mehrarbeit in diesem Bereich begleitet.

Bedeutung von Nebenerwerb nähert sich nach starkem Rückgang Westniveau an

Der starke Anstieg des Anteils der Personen, die in Ostdeutschland Überstunden leisteten, ging mit einem rasanten Rückgang der Bedeutung von Nebenerwerbsarbeit einher (Tabelle 6). Dieser Wandel wurde insbesondere bei den Männern sichtbar. Nur 6 vH der Männer und 5 vH der Frauen gaben 1992 noch an, einem Nebenerwerb nachzugehen. Mittlerweile gewinnt der „Zweitjob“ in Ostdeutschland wieder leicht an Bedeutung. 1994 näherte sich mit 7 vH der Anteil der Personen, die einen Nebenerwerb ausübten, den Werten im Westen an (9 vH). Geschlechtsspezifische Unterschiede beim Nebenerwerb waren kaum mehr zu verzeichnen. Insbesondere Personen in schulischer Ausbildung (Schüler und Studenten) (24 vH) sowie Arbeitslose (9 vH) verbesserten auf diese Weise ihre finanzielle Situation.

Tabelle 6

Nebenerwerbstätigkeit¹⁾ 16- bis 64jähriger nach Geschlecht und Erwerbsstatus
Anteil in vH

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	1990	1992	1994	1994
Insgesamt	18	6	7	10
Frauen	10	5	7	9
Männer	26	6	7	10
Erwerbstätige	18	5	6	8
Arbeitslos gemeldet	—	6	9	10
in Ausbildung (ohne betr. Auszubildende)	25	12	24	25
Erziehungsurlaub/Mutterschutz	10	4	9	17
sonstige Nichterwerbstätige	15	2	7	8

¹⁾ Als Nebenerwerbstätigkeit gelten mithelfende Familienangehörige im eigenen Betrieb, Personen mit regelmäßiger Nebenerwerbstätigkeit oder mit gelegentlichen Arbeiten gegen Entgelt.
Quelle: SOEP 1990-1994.

**Erwerbsneigung der Frauen
in Ostdeutschland nach wie vor hoch —
Immer mehr nichtbeschäftigte Frauen
in Westdeutschland wollen erwerbstätig werden**

Trotz der schwierigen Lage am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland blieb der Wunsch nach Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bei den meisten Frauen und Männern¹⁴ bestehen. Drei Viertel der Nichterwerbstätigen im Alter zwischen 18 und 59 Jahren in Ostdeutschland halten den Beruf für die *wichtigste Tätigkeit des Menschen* (in Westdeutschland wurde dies nur von 36 vH der Nichterwerbstätigen dieser Altersgruppe so gesehen)¹⁵. Damit drückt sich die zentrale Bedeutung dieses Lebensbereichs für die eigene persönliche Wertschätzung und die tiefe Verwurzelung von Erwerbsarbeit im Leben der Männer und Frauen in Ostdeutschland aus. Insofern ist es auch nachvollziehbar, daß bislang kein nachhaltiger Rückgang der Erwerbsneigung zu verzeichnen war. Ganz im Gegenteil, im SOEP gaben 1994 neun von zehn Nichtbeschäftigten in Ostdeutschland an, wieder erwerbstätig werden zu wollen, sieben von zehn wollten dies sogar sofort bzw. innerhalb der nächsten zwölf Monate (Männer 75 vH) (Tabelle 7).

Damit waren Frauen in Ostdeutschland im Vergleich zu den Frauen in Westdeutschland nach wie vor deutlich stärker erwerbsorientiert. Eine Annäherung bei den Erwerbswünschen der nichtbeschäftigten Frauen in beiden Teilen Deutschlands fand aber dennoch statt, und zwar von seiten der Frauen in Westdeutschland. Die Erwerbswünsche stiegen hier in den letzten Jahren verstärkt. 1990 wollte „nur“ etwa die Hälfte der nichtbeschäftigten Frauen in Westdeutschland erwerbstätig werden, 1994 waren es bereits zwei Drittel; dabei stieg vor allem der latente („später“, in einigen Jahren erst zu realisierende) Erwerbswunsch. Die Daten unterstützen die These, daß Erwerbsarbeit auch in

Westdeutschland immer stärker in die Lebensgestaltung von Frauen integriert wird. Dies gilt insbesondere für verheiratete Frauen, Mütter von Kleinkindern und Berufsrückkehrerinnen.

Ausblick

Die Analysen zeigten, daß in Ostdeutschland offensichtlich Wunsch und Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt insbesondere bei den Frauen auch noch in der nächsten Zukunft weit auseinander klaffen werden. Insbesondere Frauen in niedrig bewerteten oder entwerteten Tätigkeiten verloren ihre Erwerbsarbeit. Künftig werden diese einfachen Tätigkeiten immer weniger benötigt¹⁶, so daß nur intensive und gezielte (Weiter-) Qualifizierungsmaßnahmen neue Beschäftigungschancen eröffnen können. Vor dem Hintergrund einer allgemein schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt, bereits bestehender hoher Arbeitslosigkeit von Frauen sowie dem nach wie vor ausgeprägten Wunsch von Frauen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, zeichnen sich erhebliche Probleme für die Reintegration der erwerbslosen Frauen in Ostdeutschland ab.

¹⁴ Um Alterseffekte (Vorruhestandsregelungen/Altersübergangsgeld in Ostdeutschland bis Ende 1992) auszuklammern, erfolgte in den folgenden Ausführungen eine Beschränkung auf die Gruppe der 16- bis 55jährigen. Die Erwerbswünsche Älterer bleiben also unberücksichtigt.

¹⁵ Den zentralen Stellenwert der Erwerbsarbeit — selbst bei den Nichterwerbstätigen — bestätigen auch repräsentative Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) aus dem Jahre 1994. Für eine ausführlichere Ergebnisdarstellung dieser Befunde vgl. Elke Holst und Jürgen Schupp, Veränderung ..., a.a.O.

¹⁶ Vgl. Manfred Tessaring: Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010. In: MittAB, Heft 1/1994, S. 5-19.

Tabelle 7

Entwicklung des Wunsches zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit aller Nichtbeschäftigten¹⁾
in vH

Von allen ²⁾ Nichtbeschäftigten wollen erwerbstätig werden	Ostdeutschland					nach- richtlich:	Westdeutschland				
	1990	1991	1992	1993	1994	1985	1990	1991	1992	1993	1994
<i>Frauen</i>											
Hochgerechnet in 1000	387	946	1 316	1 270	1 287	6 999	6 056	5 789	5 943	6 142	6 412
— sofort/innerhalb 12 Monate	55	65	75	73	69	25	19	19	22	22	26
— später	26	23	16	16	21	24	33	36	36	38	40
— gar nicht	19	12	10	11	10	52	48	45	42	40	34
Anteil arbeitslos Gemeldeter Nachrichtlich: Anteil der Nicht- erwerbstätigen ¹⁾ an Erwerbspersonen ²⁾	./.	39	51	55	56	11	8	5	7	8	12
	15	23	32	32	34	43	38	35	37	37	39
<i>Männer</i>											
Hochgerechnet in 1000	253	540	659	731	751	2 937	2 342	2 277	2 500	2 610	2 790
— sofort/innerhalb 12 Monate	59	74	75	75	75	55	42	43	42	49	49
— später	27	17	18	17	16	27	42	40	38	30	30
— gar nicht	15	9	8	9	9	19	16	18	21	21	21
Anteil arbeitslos Gemeldeter Nachrichtlich: Anteil der Nicht- erwerbstätigen ¹⁾ an Erwerbspersonen ²⁾	./.	41	47	52	52	32	20	21	25	33	39
	7	13	17	18	20	18	14	14	15	16	17
¹⁾ Einschl. arbeitslos Gemeldeter, Personen in Aus- und Fortbildung sowie Personen im Erziehungsurlaub. — ²⁾ Im Alter von 16 bis 55 Jahren. <i>Quelle:</i> SOEP, 1985, 1990-1994.											

Dennoch ist für die Frauen Heim und Herd nicht zur Lebensperspektive geworden. Erwerbsarbeit wird nach wie vor von den meisten als *wichtigste Tätigkeit des Menschen* angesehen. Sehr häufig wird eine Partizipation in beiden Lebensbereichen — Beruf und Familie — gewünscht (Tabelle 8). In der DDR war die Verankerung der Frau in Beruf und Familie staatlich gewünscht und wurde durch ein Bündel gesellschaftspolitischer Maßnahmen ermöglicht. Unter den „neuen“, nach wie vor überwiegend auf die Alleinverdiener-Ehe ausgerichteten Rahmenbedingungen im Erwerbsleben und bei der sozialen Sicherung, dem beschränkten Arbeitsplatzangebot sowie den herrschenden Wettbewerbsbedingungen werden neue Anforderungen an Frauen und Männer mit Erwerbswunsch (bzw. -notwendigkeit) gestellt. Die auch global in allen OECD-Ländern zu verzeichnende Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere von verheirateten Frauen und Müttern, macht es notwendig, Anreize zur Entlastung der Frauen und zur Umverteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern zu schaffen sowie bestehende, kontraproduktiv wirkende Instrumente entsprechend zu verändern. Vor diesem Hintergrund zielt auch die Forderung der Europäischen Kommission in ihrem Weißbuch nach der Solidarität der Geschlechter, die ein besseres Gleichgewicht zwischen

Familien- und Berufsleben sichern soll, in die richtige Richtung.

Bislang scheint sich jedoch in Deutschland diesbezüglich noch keine Änderung abzuzeichnen. Der Anpassungsprozeß in Ostdeutschland macht vielmehr deutlich, daß Männer im bestehenden Erwerbssystem ihre berufliche Position im Durchschnitt eher noch verbessern konnten. Trotz hoher Arbeitslosigkeit leistet zudem jeder siebte in Vollzeit beschäftigte Mann in Westdeutschland und beinahe jeder fünfte abhängig Beschäftigte in Ostdeutschland bezahlte Überstunden. Dies deutet auf die Existenz eines enormen Umverteilungspotentials an Erwerbsarbeit in Deutschland hin.

Weiterhin ist es notwendig, auch Arbeitszeitverkürzung und flexible Beschäftigungsformen insbesondere für Männer attraktiv zu machen¹⁷. Vor dem Hintergrund der bestehenden Beschäftigungsprobleme wurden — insbesondere nach der (kollektiven) Einführung verkürzter Arbeitszeiten bei VW — zahlreiche Modelle zur Flexibilisierung der Ar-

¹⁷ Damit diese Entwicklung im Sinne der Solidarität der Geschlechter auch zu einer Entlastung der Frauen führt, ist sicherlich ein Umdenken in der Bewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in der Gesellschaft notwendig. Vgl. hierzu auch Elke Holst und Jürgen Schupp, Zur Erwerbsorientierung ..., a.a.O.

Tabelle 8

**Wichtigkeit von Arbeit und Familie in Ost- und Westdeutschland
in vH**

	Männer			Frauen		
	1990 Ost	1994 Ost	1994 West ¹⁾	1990 Ost	1994 Ost	1994 West ¹⁾
Insgesamt ²⁾	100	100	100	100	100	100
Arbeit und Familie beides sehr wichtig ³⁾	51	47	35	49	48	26
Arbeit ist wichtiger als Familie ⁴⁾	8	9	10	2	3	5
Familie ist wichtiger als Arbeit	31	31	37	42	41	56
Ambivalent ⁵⁾	11	13	18	7	8	13

¹⁾ Indikator wurde in Weststichprobe nur 1994 erhoben. — ²⁾ Personen im von Alter 16 bis 59 Jahren. — ³⁾ Auf die Frage: "Wie wichtig ist für Ihr Wohlbefinden und Ihre Zufriedenheit (a) die Arbeit und (b) die Familie" gaben auf einer 4er Skala an, daß beide Bereiche gleich wichtig sind. — ⁴⁾ Auf die Frage in (3) war der Skalenwert der Wichtigkeit bei Familie geringer als bei Arbeit. — ⁵⁾ Gleich hoher Skalenwert der Wichtigkeit von Frage (3).
Quelle: SOEP, 1990 und 1994.

beitszeit mit dem primären Ziel der Erhaltung von Beschäftigung bereits eingesetzt. Nur in kollektive Regelungen werden breite Belegschaftskreise und damit auch Männer einbezogen. Die klassische Teilzeitarbeit (individuelle Arbeitszeitverkürzung) wird hingegen in beiden Teilen Deutschlands noch immer von Frauen ausgeübt, in Ostdeutschland immer häufiger unfreiwillig. Männer einbeziehende Strategien der (kollektiven und individuellen) Arbeitszeitverkürzung sollten nicht nur kurzfristig, in Phasen konjunktureller Schwäche, als Notlösung zum Einsatz ge-

langen, sondern auch systematisch bei der betrieblichen Arbeitsorganisation stärker verfolgt werden. Kontraproduktiv und hemmend für einen solchen Wandel wäre es jedoch, wenn die Entscheidung für mehr Arbeitsflexibilität zu einer „Prekarisierung“ der Beschäftigungsverhältnisse führen würde. Hier sind die Betriebe und vor allem die Tarifvertragsparteien aufgefordert, verstärkt Verbesserungen zur Absicherung der Beschäftigten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (z.B. auch bei der sozialen Sicherung) zu schaffen.

VR China: Dauerhafte Stabilisierung erfordert reformgetragene Balance zwischen Zentralstaat und Provinzen

Die wirtschaftlichen Indikatoren für die Volksrepublik China weisen im Jahre 1994 eine insgesamt günstige Entwicklung aus. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg mit 11,8 vH um rund 3 vH-Punkte mehr als geplant; das Wachstum erreichte damit zum dritten Mal in Folge eine zweistellige Rate¹. Die realen Netto-Anlageinvestitionen wurden um 16 vH, der private Konsum um knapp 8 vH ausgeweitet. Die Ausfuhren konnten mit rund 32 vH stark gesteigert werden. Die Importe nahmen — allerdings auf höherem Niveau als die Exporte — nur noch um 11 vH zu. Die Handelsbilanz schloß mit einem Überschuß ab. Dies verstärkte die binnenwirtschaftliche Anspannung der Produktion. Die Beschäftigung stieg stärker als im Jahr davor, die Arbeitslosenquote in den Städten wird mit 2,9 vH angegeben. Die Arbeitsproduktivität konnte, vor allem im Bausektor, erhöht, der spezifische Energieeinsatz vermindert werden. Allerdings war der Anstieg der Verbraucherpreise — trotz deutlicher Abschwächung zum Jahresende — mit 21,7 vH nach wie vor sehr hoch. Im 1. Quartal 1995 verlangsamte sich das Wachstum nur wenig, und zwar auf gut auf 11 vH, der Preisanstieg konnte weiter, auf 18,7 vH, verringert werden. Es muß noch immer von einem überhitzten Konjunkturklima gesprochen werden.

Das „konsolidierte Haushaltsdefizit“² erreichte den hohen Anteil von über 6 vH des Bruttoinlandsprodukts. Die chinesische Führung hat den Abbau des Budgetdefizits sowie die Inflationsbekämpfung zu ihren Hauptaufgaben gemacht. Sie will den Preisanstieg bis zum Jahresende 1995 auf 15 vH senken und hofft, daß diesmal eine „weiche Landung“ gelingt³. Dabei ist sie auf die Kooperationsbereitschaft der boomenden Provinzen angewiesen.

Starkes Wachstum der Industrie

Die Expansion der Binnennachfrage ging auch 1994 mit einer starken Ausweitung der industriellen Produktion (18 vH) einher; von 1980 bis 1993 hatte der durchschnittliche Anstieg bei 12½ vH gelegen. Die Industrie trägt gegenwärtig wieder, wie schon 1980, mit 45 vH zum Bruttoinlandsprodukt bei, nachdem dieser Wert bis 1985 auf 40 vH zurückgegangen war. Die hauptsächlich Konsumgüter erzeugende Leichtindustrie wuchs schneller als die Schwerindustrie, zu der auch Elektrotechnik und Elektronik gerechnet werden. Wie in den vergangenen Jahren war — mit knapp 28 vH — die Steigerung der Produktion bei Unternehmen mit ausländischem Kapital am höchsten, die Betriebe des genossenschaftlichen Bereichs erzielten einen Zuwachs von 21,4 vH, die staatliche Industrie jedoch lediglich 5,5 vH⁴. Zentren des starken Industriewachstums sind vor allem die Küstenprovinzen Liaoning, Jiangsu, Zhejiang, Fujian und Guangdong, die Insel Hainan sowie die meisten Großstädte.

Mäßiges Ergebnis der Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Entwicklung wurde im vergangenen Jahr durch eine Massierung ungünstiger Witterungsphasen (Überschwemmungen, Dürreperioden und Ausfrierungen) beeinträchtigt, trotz des Einsatzes von z.T. erheblich höheren Vorleistungen (Mehrverbrauch von 21,4 vH an elektrischer Energie, von 5 vH an Düngemitteln und Mehreinsatz von knapp 6 vH an landwirtschaftlichen Maschinen). Das betraf vor allem die Produktion von Ge-

treide, die je Kopf der Bevölkerung um 3,7 vH zurückging. Daß die landwirtschaftliche Produktion — sie trägt mit fast einem Viertel zum Bruttoinlandsprodukt bei — mit knapp 4 vH dennoch relativ gut abschnitt, lag an den hohen (z.T. zweistelligen) Steigerungsraten bei der Tierhaltung, beim Fischfang, der Forstwirtschaft sowie bei der Ernte von Ölfrüchten und Baumwolle. Wie schon im Vorjahr blieb das Produktionswachstum der ländlichen gewerblichen Genossenschaften hinter dem der städtischen Genossenschaftsbetriebe zurück. Das verstärkte den Trend des Zurückbleibens dieses Sektors hinter der gesamtwirtschaftli-

¹ Vgl. Statistisches Kommuniqué über die volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung 1994. Staatliches Statistikamt der VR China, vom 28.2.1995.

² Das konsolidierte Haushaltsdefizit umfaßt neben dem sichtbaren Defizit des zentralen Haushalts (1994: 63,8 Mrd Yuan = 1,5 vH) auch die „politischen Anleihen“ bei der Zentralbank zur Finanzierung von sehr langfristigen Investitionsausgaben, z.B. der Infrastruktur, und kurzfristige Titel zur Deckung der Verluste der Staatsbetriebe. Diese Finanzierungsaufgaben sollen demnächst der neu gegründeten „State Development Investment Corporation (SDIC)“ und der „State Development Bank“ übertragen werden.

³ In den drei vorangegangenen Boomphasen hatte die Führung mit ökonomischen und zunächst überwiegend administrativen Maßnahmen gegengesteuert: 1980 waren u.a. sogar Aufträge aus dem Ausland storniert, 1984/85 die kurz zuvor begonnene Preisreform weitgehend gestoppt und 1988/89 diese — nach noch stärkerem Preisanstieg, weitverbreiteten Panikkäufen, Hortung und Entsparung — so stark gebremst worden, daß es zu politischen Unruhen kam.

⁴ Der Zuwachs bei den als saniert geltenden neuen Holding-Gesellschaften wird mit 6,8 vH angegeben.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren für die VR China¹⁾

	Einheit	1980 absolut	1994 absolut	1993/1980 ¹⁾ Veränderung in vH	1994/1993 Veränderung in vH
Bevölkerung ²⁾	Mill.	987,0	1 198,5	1,4	1,1
Zahl der Beschäftigten ²⁾³⁾	Mill.	423,6	623,3	2,7	1,3
Bruttosozialprodukt-GNP ⁴⁾	Mrd. Yuan	447,0	4 380,0	9,3	11,8
Bruttoproduktion der Industrie ⁵⁾	Mrd. Yuan	515,4	—	12,6	18,0
Schwerindustrie	Mrd. Yuan	252,7	—	11,2	16,0
Leichtindustrie	Mrd. Yuan	227,5	—	13,8	19,9
Landwirtschaft	Mrd. Yuan	192,3	—	6,1	4,0
Produktion von Getreide ⁶⁾	Mill. t	320,6	444,5	2,7	—2,5
Getreideproduktion je Kopf	kg	324,7	370,9	1,4	—3,7
Baumwolle	Mill. t	2,7	4,3	3,7	13,6
Rohstahl	Mill. t	37,1	91,5	7,2	2,2
Kohle	Mill. t	620,1	1210,0	4,2	5,3
Rohöl	Mill. t	105,9	146,0	2,2	1,0
Elektrische Energie	Mrd. kwh	300,6	920,0	8,2	9,6
Werkzeugmaschinen	1000 Stück	133,6	192,0	1,2	—26,8
Fernsehergeräte	Mill. Stück	2,4	16,9	31,2	17,7
Umsatz des Binnenhandels	Mrd. Yuan	213,9	1605,3	15,5	31,2
Staatseinnahmen ⁷⁾	Mrd. Yuan	108,5	518,2	10,6	19,2
Staatsausgaben ⁸⁾	Mrd. Yuan	121,3	582,0	11,0	25,4
Anlageinvestitionen ⁹⁾	Mrd. Yuan	93,8	1592,6	16,9	27,8
davon aus staatl. Budget	Mrd. Yuan	34,9	159,7	14,8	38,1

¹⁾ Durchschnittliche jährliche Veränderung. — ²⁾ Angaben zum Jahresende. — ³⁾ Zahl registrierter Beschäftigter sowie Selbständiger im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Bereich, in Städten und ländlichen Gebieten. — ⁴⁾ Nettoproduktion der Bereiche Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Baugewerbe, Handel und übrige Dienstleistungen; Werte in laufenden Preisen, Veränderung berechnet zu vergleichbaren Preisen. — ⁵⁾ Daten für die Industrie einschließlich des Produktionswertes der ländlichen Kleinindustrie; die absoluten Werte für 1994 sind nach den Angaben des Erfüllungsberichts mit denen der Vorjahre nicht vergleichbar. — ⁶⁾ Produktionswert nach dem Grund-Nahrungsmittel-Konzept unter Einrechnung von Kartoffeln mit 1/5 ihres Rohgewichts. — ⁷⁾ Revidierte Werte, Neuverschuldung nur z.T. eingerechnet. — Erst von 1987 an wurden die Preissubventionen im zentralen Haushalt den Ausgaben zugerechnet. — ⁸⁾ Anlageinvestitionen im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Bereich. *Quellen:* Zhongguo tongji nianjian 1994, (Statistisches Jahrbuch Chinas 1994), Beijing 1994; People's Bank of China, China Financial Outlook, 1994; IMF, International Financial Statistics; Jährliche Berichte über die Haushaltsrechnung sowie über die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne; Berechnungen des DIW.

chen Entwicklung; es stabilisierte sich aber zugleich das Produktionswachstum in den stärker industrialisierten, fortgeschrittenen Regionen⁵.

Differenzierte Einkommensentwicklung

Eingesetzt hat die neuerliche Differenzierung der Einkommensentwicklung zu Beginn der neunziger Jahre. Seitdem bleibt die Einkommensentwicklung der Bauern hinter der Gesamtentwicklung zurück, während zu Beginn der Öffnungs- und Reformpolitik die Einkommen der Mehrheit der Bauern rasch gestiegen und die Einkommensdifferenzen zwischen Stadt und Land tendenziell verringert worden waren. Insgesamt erhöhten sich die privaten Einkommen von 1980 bis 1993 um real durchschnittlich 8,5 vH. Dies hat zur kräftigen Ausweitung der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern beigetragen. Das Ausmaß der absoluten Armut⁶ konnte gegenüber dem Ende der siebziger Jahre auf ein Viertel reduziert werden.

Nach Stichprobenerhebungen lag das durchschnittliche verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Bevölkerung im Jahr 1994 bei 3179 Yuan (370 US-\$)⁷, damit real

um 8,8 vH über dem Vorjahreseinkommen. Die wachsende Vielfalt der neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, nicht zuletzt im Dienstleistungsbereich, hat auch innerhalb der Stadtregionen zu großen Einkommensunterschieden geführt. Die Armut auf dem Lande dürfte aber die in den Städten bei weitem übertroffen haben, denn die Nettoeinkommen der Landbevölkerung lagen 1994 — mit 1220 Yuan (142 US-\$) pro Kopf (real +5 vH) — im untersten Bereich

⁵ Vgl. u.a. auch Yang Kaizhong, Untersuchung über die regionalen Entwicklungsdifferenzen in China. In: Jingji Yanjiu (Wirtschaftsforschung) Nr.12/1995, S. 28 ff.

⁶ Definiert als Einkommen an oder unter der Armutsgrenze von gegenwärtig 440 Yuan pro Kopf und Jahr; das betraf 1994 noch rund 70 Millionen ländliche Bewohner in entlegenen Gegenden, aber auch 12 Millionen Städter.

⁷ Umrechnung zum offiziellen Wechselkurs, der die Kaufkraft sicherlich unterbewertet. Eine Überbewertung stellt andererseits die Berechnung nach Kaufkraftparitäten dar, hier schwanken die Ergebnisse (für 1992) zwischen 1300 US-\$ und 2900 US-\$. Vgl.: Anne Marie Gulde und Marianne Schulze-Ghattas, Purchasing Power Parity Based Weights for the World Economic Outlook. In: IMF, Staff Studies for the World Economic Outlook. Washington, D.C., 1993, S. 106 ff.

Daten zur regionalen Struktur der VR China 1993

Städte, Provinzen u. A.G. (Autonome Gebiete)	Bevölkerung ¹⁾		Fläche in vH	Bevölker.- Dichte Einw./km ²	Bruttoinlands- produkt ²⁾ in vH	BIP pro Kopf in Yuan
	in Mill.	in vH				
China	1 185,17	100,0	100,0	124	100,0	2 648
Küstenregionen	366,52	31,1	9,2	416	49,4	4 226
Shanghai	13,49	1,1	0,1	2176	4,8	11 205
Tianjin	9,28	0,8	0,1	821	1,7	5 777
Guangdong	66,07	5,6	2,1	333	10,3	4 882
Liaoning	40,42	3,4	1,6	268	5,8	4 473
Zhejiang	42,66	3,6	1,1	419	5,4	3 980
Jiangsu	69,67	5,9	1,1	679	8,8	3 954
Shandong	86,42	7,3	1,6	564	8,6	3 127
Fujian	31,50	2,7	1,3	256	3,3	3 264
Hainan	7,01	0,6	0,3	214	0,7	3 212
Alte Industrie-Regionen	224,41	18,9	16,6	141	18,5	2 584
Beijing	11,12	0,9	0,2	662	2,8	7 766
Heilongjiang	36,40	3,1	4,8	79	3,4	2 959
Jilin	25,55	2,2	2,0	137	2,1	2 630
Hebei	63,34	5,3	2,1	312	5,0	2 473
Shanxi	30,12	2,5	1,6	192	2,1	2 144
Shaanxi	34,43	2,9	2,0	176	2,0	1 785
Gansu	23,45	2,0	3,8	64	1,1	1 528
Übriges Hinterland	586,43	49,5	74,3	83	34,4	1 839
Xinjiang	16,05	1,4	17,2	10	1,5	3 003
Qinghai	4,67	0,4	7,5	6	0,3	2 264
Hubei	56,53	4,8	2,0	301	4,1	2 297
A.G. Inn. Mongolei	22,32	1,9	12,3	19	1,6	2 180
A.G. Ningxia-Hui	4,95	0,4	0,7	75	0,3	1 989
A.G. Tibet	2,32	0,2	12,8	2	0,1	1 607
Hunan	63,11	5,3	2,2	300	3,8	1 889
Jiangxi	39,66	3,3	1,7	241	2,2	1 770
Sichuan	111,04	9,4	6,0	195	6,2	1 764
Yunnan	38,85	3,3	4,6	89	2,1	1 705
Henan	89,49	7,6	1,7	536	5,1	1 769
A.G. Guangxi-Chuang	44,38	3,7	2,3	201	2,5	1 776
Anhui	58,97	5,0	1,5	422	3,1	1 661
A.G. Guizhou	34,09	2,9	1,8	196	1,3	1 198

¹⁾ Bevölkerung zum Jahresende 1993 nach dem Mikrozensus auf der Basis der Volkszählung 1990. Die Summe der Regionen (ohne Militär und einige andere Gruppen) ergibt eine Differenz von 4,61 Mill. zu China insgesamt, vgl. Jahrbuch 1994, S. 46. —
²⁾ Nettowertschöpfung der materiellen und nichtmateriellen Produktion aller Sektoren einschließlich der Abschreibungen. Der Durchschnittswert nach offiziellem Kurs umgerechnet entspricht 460 US-\$.
Quellen: Zhongguo tongji nianjian (Statistisches Jahrbuch Chinas) 1994; Berechnungen des DIW.

der Einkommensskala. Infolge der hohen Einkommenszuwächse vor allem in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Küstengebieten hat sich das Einkommensgefälle zu den weniger entwickelten Regionen im Westen des Landes aber so stark vergrößert, daß soziale Unruhen und Wanderungsbewegungen ausgelöst wurden.

Investitionsneigung nicht zu bremsen

Neben der privaten Nachfrage war es vor allem die rasche Steigerung der Investitionen, die immer wieder zu Engpässen in der Versorgung und zu inflationärem Druck führte. Im Rahmen der Finanzreform gegen Ende der acht-

ziger Jahre wurden die Investitionszuweisungen der Betriebe aus den Haushalten des Staates und der übrigen Gebietskörperschaften schrittweise gestrichen. Die Unternehmen wurden auf die Finanzierung durch Eigenmittel und Kredite aus dem Bankensektor verwiesen. Auf diese Weise sollen die Investitionen stärker unter Effizienzgesichtspunkten ausgewählt sowie kostengünstiger und schneller durchgeführt werden. Der Anteil der Investitionszuweisungen am Staatshaushalt sank deshalb bis 1993 auf knapp 4 vH (im letzten Jahr vor Beginn der Reformen, 1978: 54 vH), der Anteil der staatlichen an den gesamten Investitionen auf unter 40 vH. Damit gab der Zentralstaat ein wichtiges Steuerungsinstrument aus der Hand, bevor er-

gänzende Institutionen für die Verfolgung der strukturpolitischen Ziele der zentralen und örtlichen Verwaltungen errichtet waren. Weil die geldpolitische Handlungskompetenz der Zentralbank aus Mangel an Erfahrung und erprobten Instrumenten⁸ in ihrer Wirkung schwach blieb und der Kreditplan seine Wirkung verlor, ließen sich die Reformen nicht konsequent durchhalten. Aus Furcht vor zu vielen Investitionsruinen und Massenarbeitslosigkeit bei größeren Betriebsstillegungen wurden die Appelle und Anweisungen häufig umgangen oder nach kurzer Zeit aufgegeben⁹.

So hat der Staat — alle Ebenen zusammengenommen — den Umfang seiner Investitionen 1994 um über 34 vH ausgeweitet und die Budgetfinanzierung durch Reservegeld (der Notenbank) um mehr als 50 vH erhöht. Wenngleich ein großer Teil der zusätzlichen Mittel in als vordringlich eingestufte Projekte des Infrastruktur- und Energiebereichs floß, so wurde auf diese Weise in den letzten zwei Jahren doch zu der inflationären Überhitzung beigetragen.

Die Investitionsentscheidungen werden noch zu häufig im Geflecht der institutionellen örtlichen Abhängigkeiten und nicht vorrangig nach Kostengesichtspunkten, Absatz-erwartungen oder im Sinne übergeordneter (volkswirtschaftlicher, regionaler oder kommunaler) Ziele getroffen. Die nach 1985 begonnene Dezentralisierung der Finanzverwaltung war mehr eine aus politischen Gründen initiierte verwaltungsmäßige denn eine ökonomische Maßnahme. Sie trug gleichwohl wesentlich zur Mobilisierung der Ressourcen in den Gebietskörperschaften — und damit zum Gelingen aller bisherigen Reformen — bei. Die Schwächung der Zentralregierung nach der Protestbewe-

⁸ Es bleibt abzuwarten, ob die Chinesische Volksbank (die Zentralbank) kraft des im März 1995 verabschiedeten neuen Zentralbank-Gesetzes einen stärkeren Einfluß ausüben kann. Vgl. Unklarheiten über die neue Rolle von Chinas Zentralbank. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.4.1995.

⁹ Dies geschah z.B. auch nach wenigen Monaten mit dem 16-Punkte-Plan vom August 1993.

Daten zur Außenwirtschaft der VR China

	Einheit	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994
Ausfuhr	Mrd. US-\$	18,27	27,35	62,06	71,91	84,99	91,76	121,04
Einfuhr	Mrd. US-\$	19,55	42,25	53,35	63,79	80,61	103,95	115,76
Saldo der Handelsbilanz ¹⁾	Mrd. US-\$	-1,28	-14,90	8,71	8,12	4,39	-12,19	5,28
Saldo der Leistungsbilanz ²⁾	Mrd. US-\$	-3,16	-11,42	11,99	13,27	6,40	-11,61	4,50
Währungsreserve ³⁾	Mrd. US-\$	2,54	12,72	29,59	43,67	20,62	22,39	52,91
Verschuldung, brutto ges. ⁴⁾	Mrd. US-\$	4,50	16,72	52,63	59,64	69,19	83,80	96,70
davon kurzfristig	Mrd. US-\$	—	6,42	6,77	10,30	10,85	13,55	13,76
Schuldendienst ⁵⁾	Mrd. US-\$	0,93	2,48	7,01	8,40	8,87	9,64	—
Schuldendienstquote ⁶⁾	vH	4,4	8,3	11,6	12,1	9,6	10,2	—
Schuldenquote ⁷⁾	vH	1,5	5,7	14,2	16,3	16,0	15,9	—
Nachrichtlich:								
Guthaben im IBS ⁸⁾	Mrd. US-\$	2,53	11,95	31,88	47,40	49,01	49,15	55,04
Verbindlichkeiten u. Forderungen gegenüber Kreditinstituten in der Bundesrepublik Deutschland ⁹⁾								
Verbindlichkeiten	Mill. DM	—	1 236	2 764	2 951	3 207	3 530	4 867
Forderungen	Mill. DM	—	339	394	1 021	1 383	1 316	1 341

¹⁾ Nach Angaben der Zollstatistik. — ²⁾ Nach Angaben der Chinesischen Volksbank, für 1994 z.T. geschätzt. — ³⁾ Nach Angaben der Chinesischen Volksbank und des IMF; von 1992 an nur die Reserven der Volksbank. — ⁴⁾ Nach Angaben der Weltbank in World Debt Tables 1994, Vol.II sowie Meldungen aus der Presse. — ⁵⁾ Zins- und Tilgungsleistungen zusammengenommen. — ⁶⁾ Schuldendienst im Verhältnis zum Export von Gütern und Dienstleistungen. — ⁷⁾ Gesamtverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt; für 1994 geschätzt. — ⁸⁾ Interbanksystem, Berichtssystem der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel; — ⁹⁾ Nach Angaben der Deutschen Bundesbank (ohne Bundesbank).

Quellen: Zhongguo tongji nianjian 1994, Guojia tongji ju (Statistisches Jahrbuch Chinas 1994). Staatliches Statistisches Amt, Beijing 1994; China's Customs Statistics, Beijing und Hongkong, 1983/1995; China Monthly Statistics, China Statistical Information and Consultancy Service Center, Beijing 1993; UN, World Debt Tables, vol. 2, December 1994; IMF, International Financial Statistics, Monatshefte; BIZ, Entwicklung der Internationalen Finanzmärkte, Basel, Vierteljahresberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik; Berechnungen des DIW.

gung im Juni 1989 sowie die rasche Entwicklung der südlichen Küstenprovinzen haben diesen Trend einer relativen Verselbständigung verstärkt. Da der Staat infolge unzulänglicher institutioneller Rahmenbedingungen sowie aus Mangel an Erfahrung oder politischer Durchsetzungskraft eine unsystematische, wenig koordinierte Geld-, Finanz- und Investitionspolitik betreibt, lassen sich auch die Ziele seiner Strukturpolitik — mit stärkerer Förderung der Landwirtschaft, organisatorischer Neuordnung der Industrie und langfristig geplantem Ausbau von Infrastruktur und Energieversorgung — nur unvollkommen erreichen¹⁰.

Rasche Integration in die Weltwirtschaft

Auch die Außenwirtschaft hat 1994 zur Überhitzung des Preisklimas beigetragen. Dies war nicht immer so. Von 1980 bis 1994 hat sich der chinesische Außenhandelsumsatz von rund 38 Mrd. US-\$ auf knapp 237 Mrd. US-\$ mehr als versechsfacht. Der im Rahmen der Reform- und Öffnungspolitik induzierte, zunächst durch Planperioden, gegen Ende der achtziger Jahre aber mehr und mehr durch eine boomende Binnenkonjunktur verursachte Investitionszyklus führte zu einem stetigen Importsog, der durch Liberalisierungsschritte noch verstärkt wurde. Die Folge waren z.T. mehrjährige, hohe Handelsbilanzdefizite (1985: 14,9 Mrd. US-\$; 1993: 12,2 Mrd. US-\$).

Auf diese Entwicklung reagierte China produktionsseitig mit einer raschen Verbreiterung und Verbesserung seiner Angebotsstruktur durch Modernisierung seiner Exportindustrie über den massiven Import von moderner Technologie. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüter wurde von 1982 an durch zunächst mehrere kleinere, später größere Abwertungen der chinesischen Währung¹¹ (sowie einen die Ausfuhren begünstigenden internen Verrechnungskurs) verbessert. Institutionelle Hilfe boten die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, Exportzonen und „geöffneten Städten“, ein umfangreicher Katalog von Förderungsmaßnahmen sowie ein rechtliches Rahmenwerk zur Integration von Binnen- und Außenwirtschaft und schließlich, von Mitte der achtziger Jahre an, die Bereitschaft zur Förderung der Einfuhr ausländischen Kapitals und zu stärkerer Verschuldung.

Dabei übertraf die Expansion des chinesischen Außenhandels, über den gesamten Zeitraum gerechnet, die der Produktion. China stieg von Platz 32 (1979) der Weltexporteure bis 1994 auf Rang 11, hinter Benelux und vor Taiwan und Südkorea¹². Sein Anteil an den Weltexporten erhöhte sich in diesem Zeitraum von rund 1 vH auf 3,6 vH¹³.

Die kräftige Abwertung der chinesischen Währung und die langsame Belebung der Konjunktur auf den Märkten der wichtigsten Handelspartner führten 1994 zu einem steilen Anstieg der Exporte um knapp 32 vH. Da die Importe nur um gut 11 vH erhöht wurden, konnte das Handelsbilanzdefizit vom Vorjahr (1993 — 11,6 Mrd. US-\$) in einen Überschuß von 5,3 Mrd. US-\$ verwandelt werden. Da der Dienstleistungshandel nur wenig defizitär war, schloß auch

die Leistungsbilanz mit einem Überschuß ab. Stabilitätspolitik war die mit diesem Ergebnis des Außenhandels verbundene, starke Anspannung der inländischen Produktion nicht günstig.

Der seit Beginn der neunziger Jahre zu beobachtende Zustrom von langfristigem Auslandskapital hat sich 1994 fortgesetzt. Dabei verbesserte sich das Verhältnis von Zusage und tatsächlich genutztem Kapital; so flossen knapp 46 Mrd. US-\$ (+17,6 vH) nach China, davon knapp 34 Mrd. US-\$ Direktinvestitionen. Rund 40 000 Gemeinschaftsunternehmen wurden neu registriert, die Gesamtzahl chinesisch-ausländischer oder vollständig in ausländischem Besitz befindlicher Unternehmen stieg bis Ende 1994 auf 206 000¹⁴. Allerdings wurde überwiegend in den Küstengebieten und den durch Infrastruktur erschlossenen großen Städten und Sonderzonen investiert.

Ausblick

Die Führung der Volksrepublik hat auf dem Volkskongreß im März dieses Jahres ihren Willen bekräftigt, das im Herbst 1993 verkündete Reformprogramm für die Wirtschaft beschleunigt fortzusetzen. Nach Abschluß der Steuerreform, die eine Erhöhung der Staatseinnahmen (und des Anteils der Zentrale) gebracht haben soll, den ersten Schritten in Richtung einer Reformierung der Zentralbank und des Geschäftsbankensektors¹⁵ sowie des weiteren Ausbaus des Kapitalmarktes soll dem ländlichen Raum durch mehr Infrastruktur, Beratungs- und Vermarktungs-

¹⁰ Zu den Problemen von Struktur und Finanzierung der Investitionen, den relevanten Gesetzen und Verordnungen vgl.: Zhongguo touzi guanli daquan (Handbuch der Investitions-Verwaltung China), Beijing 1991.

¹¹ Letztmalig zum 1.1.1994 um rund 33 vH gegenüber dem US-\$, mit dem die chinesische Währung, der Yuan, durch das IMF-Regime des „managed floating“ lose verbunden ist. Zur gleichen Zeit wurden der interne Kurs vereinheitlicht und die besonderen Swap-Märkte abgeschafft.

¹² Nach vorläufiger Einschätzung der WTO, die alle Reexporte Hongkongs mitzählt und Hongkong auf Rang 8 einstuft. Werden statt der Reexporte, die zu mehr als 80 vH China betreffen, nur die „domestic exports“ gezählt, würde Hongkong auf Platz 29 bei den Welt-Güterexporten zurückfallen. Vgl. World Trade Organization, Press Release vom 28.3.1995. Zum Einfluß des Handels Hongkongs auf die Darstellung des Außenhandels Chinas vgl. VR China: Außenwirtschaft konsolidiert sich wieder. Bearb.: Ernst Hagemann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42/94.

¹³ Zu Beginn der Öffnungspolitik war eine Verdoppelung des Anteils an den Weltexporten auf 2 vH für das Jahr 2000 anvisiert worden. Heute gilt für dieses Datum eine Steigerung der Ausfuhren auf 200 Mrd. US-\$ als Ziel.

¹⁴ Ihr Anteil am Export des letzten Jahres nahm auf knapp 29 vH zu.

¹⁵ Nach der Umwandlung mehrerer chinesischer Geschäftsbanken und der Erweiterung ihrer Kompetenzen in der Kreditvergabe ist ein erster Schritt hin zu Wettbewerb auch in diesem Sektor geplant. Daran sollen demnächst auch ausländische Institute teilnehmen können, deren Geschäftstätigkeit bisher auf Repräsentanzen und einige Sonderzonen beschränkt war.

dienste, Verbesserung von Gesundheitsdiensten und Ausbildung sowie durch Preisanreize geholfen werden. Einige wichtige Reformschritte sind eingeleitet worden. Auch für die Sanierung der Staatsbetriebe gibt es neue Vorstellungen des Zusammenschlusses in Holdinggesellschaften mit strategischer Arbeitsteilung, mit strikter Unabhängigkeit von Verwaltungen und klarer Definition von Verfügungsrechten. Als vordringlich wurde aber die Reform der gesamtwirtschaftlichen Steuerung, d.h. vor allem die Koordinierung der Geld- und Finanzpolitik, genannt. Die Entwicklungen in der Binnen- und Außenwirtschaft machen grundsätzliche Entscheidungen überfällig.

China ist so groß, daß sich das Land wohl bald eine föderale Struktur geben muß, mit einer effizienten Aufteilung der Kompetenzen zwischen der Zentrale und den Regionen. Die Volksrepublik hat bei ihrer bisherigen Transformation auch deshalb so großen Erfolg gehabt, weil die Zentrale zum Zweck der Konsensbildung neben den formellen Bindungen auch immer ein informelles Beziehungsgeflecht gepflegt und sogar eigenständige Strategien der Entwicklung in den Regionen toleriert hat¹⁶. Im Hinblick auf

die Inflationsbekämpfung auf der Grundlage einer gesamtwirtschaftlichen Konjunkturpolitik erweisen sich diese eigenständigen Entwicklungen aber mehr und mehr als Hemmschuh. Die nach langjährigem Streit in einem tragfähigen Kompromiß abgeschlossenen Verhandlungen über die Steuerreform könnten ein Vorbild sein. Die künftigen Reformbemühungen zielen deshalb in zwei Richtungen: Zu mehr Dezentralisierung und Delegierung von ökonomischen Entscheidungsbefugnissen in Betrieben und Verwaltungen einerseits und zu dem Versuch, bestimmte gemeinsame Institutionen und akzeptierte Instrumente — z.B. für eine gemeinsame Konjunkturpolitik — im Sinne einer verwaltungsmäßigen Rezentralisierung zu entwickeln andererseits. Dazu wird es notwendig sein, die exklusiven Konsenszirkel zu erweitern und um die Unterstützung breiterer Bevölkerungskreise — auch im Sinne einer Übernahme von mehr Mitbestimmung und Verantwortung — zu werben.

¹⁶ . Vgl. Wu Junhua, *Economic Growth and Regional Development Strategy in China*. In: *Japan Research Quarterly*, Vol. 2, No. 3, 1993, S. 31 ff.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland. Bearbeitet von Elke Holst und Jürgen Schupp. —
VR China: Dauerhafte Stabilisierung erfordert reformgetragene Balance zwischen Zentralstaat und Provinzen. Bearbeitet von Ernst Hagemann.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304